

Langzeitarbeitslose

Mehr fördern als fordern?

Die Parteien suchen Konzepte gegen Langzeitarbeitslosigkeit. Der BA-Chef will vor allem mehr Geld.



Logo der Arbeitsagentur: Die Betreuung in den Jobcentern soll verbessert werden.

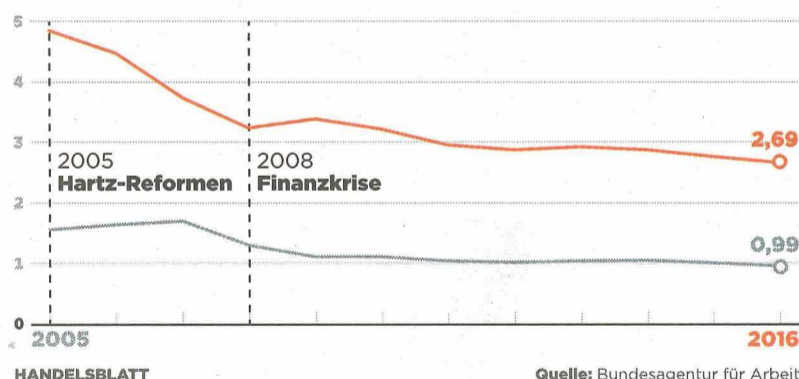
Frank Specht Berlin

Auf der Schattenseite des Jobwunders stehen derzeit 903 000 Menschen. So viele Langzeitarbeitslose zählte die Bundesagentur für Arbeit (BA) im Juni. Zwar ist es gelungen, die Zahl jener, die schon ein Jahr und länger ohne Job sind, seit 2005 zu halbieren. Doch der harte Kern profitiert nicht vom anhaltenden Beschäftigungsboom in Deutschland.

Union und SPD werben damit, das zu ändern, sollten sie die nächste Regierung stellen. „Wir finden uns mit der hohen Zahl von Langzeitarbeitslosen nicht ab“, heißt es im Wahlprogramm der CDU/CSU. „Arbeit ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes, würdiges Leben“, sagt SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz. Wie sie das Problem angehen wollen, haben die Sozialdemokraten jetzt in einem Papier mit dem Titel „Umfassend und wirkungsvoll fördern“ aufgeschrieben. Das Konzept, das die Arbeitsmarktexperten Katja Mast und Martin Rosemann verfasst haben, liegt dem Handelsblatt vor.

Fokus auf leicht Vermittelbare

Die SPD will vor allem die Betreuung in den Jobcentern verbessern und dafür mehr Geld ins System pumpen. „Das Förderversprechen, dass jeder die Unterstützung erhält, die er braucht, muss auch umgesetzt werden“, fordert Rosemann. Rund jeder zweite Jobcenter-Mitarbeiter ist heute damit beschäftigt, Hartz-IV-Leistungen zu berechnen, und kann sich nicht um die Eingliederung kümmern. Auch die vorgegebenen Betreuungsschlüssel würden nur noch erreicht, weil Teamleiter oder Mitarbeiter des Empfangs eingerechnet werden, kritisiert Rose-

Arbeitsmarkt in DeutschlandZahl der **Arbeitslosen** und der **Langzeitarbeitslosen** in Millionen

HANDELSBLATT

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

mann. Und die Jobcenter konzentrierten sich auf vermeintlich leichter vermittelbare Kunden, weil der Einsatz der knapp bemessenen Mittel hier zu größeren Erfolgen führe. Diese „einseitige Fokussierung“ müsse aufhören, heißt es in dem Papier. Zudem gebe es weiterhin zu viel Bürokratie.

Tatsächlich ist die Erfolgsbilanz der Vermittler eher mager, wie jüngst die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Grünen gezeigt hat. Fand 2010 noch jeder vierte langzeitarbeitslose Hartz-IV-Empfänger einen Job, gelang das 2016 nur noch jedem sechsten. Mehr als die Hälfte derer, die aus der Statistik herausfielen, kehrten dem Arbeitsmarkt den Rücken, ein knappes Viertel landete in Qualifizierungsmaßnahmen.

Die Grünen bemängeln, dass Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) vor allem auf zwei teure Sonderprogramme gesetzt hat, während die Jobcenter chronisch unterfinanziert seien. So mussten diese im vergangenen Jahr 766 Millionen Euro, die eigentlich für Eingliederungsmaßnahmen gedacht waren, in ihren Verwaltungshaushalt umschichten.

Nahles' Sonderprogramme kommen dagegen nur einem Bruchteil der Langzeitarbeitslosen zugute - und von den wenigen Plätzen sind längst nicht alle besetzt. Das ist mit ein Grund dafür, dass die Jobcenter zum Jahresende immer höhere Summen an den Bundshaushalt zurücküberweisen müssen, weil sie die veranschlagten Mittel nicht wie geplant ausgeben konnten. Waren es 2013

noch gut 158 Millionen Euro, so ist der Betrag nach Angaben der BA 2016 auf knapp 344 Millionen Euro gestiegen.

Angesichts dieser Bilanz könne sich die SPD, die mit vierjähriger Unterbrechung seit 1998 den Arbeitsminister stelle, jetzt nicht als Retterin der Langzeitarbeitslosen gerieren, kritisiert die Arbeitsmarkt-Expertin der Grünen, Brigitte Pothmer. Die SPD habe genug Zeit gehabt, um substantielle Verbesserungen herbeizuführen. „Doch weder ist in dieser Zeit die komplizierte Rechtslage vereinfacht noch der hohe Verwaltungsaufwand verringert worden.“

Die Große Koalition hatte zwar eine Rechtsvereinfachung im Hartz-IV-System durchgesetzt, etwa können Leistungsbescheide jetzt für zwölf statt sechs Monate erteilt werden. Doch die Reform blieb hinter den Erwartungen zurück. Der Plan, säumige Hartz-IV-Bezieher unter 25 Jahren bei Sanktionen genauso zu behandeln wie ältere, war am Widerstand der CSU gescheitert. Bei einer Bagatelldgrenze für die Rückforderung zu viel gezahlter Kleinstbeträge hatte sich Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) quergestellt. Beide Punkte hat die SPD jetzt wieder in ihr Konzept aufgenommen, um die Jobcenter von überflüssigem Papierkram zu entlasten.

In der Union gibt es durchaus Bereitschaft zu weiterem Bürokratieabbau: „Wir sollten aufhören, uns bei Hartz IV um Kleinigkeiten zu kümmern“, sagt der CDU-Arbeitsmarktpolitiker Kai Whittaker. „Wir brauchen eine radikale Rechtsvereinfachung, damit Hartz IV einfacher und verständlicher wird.“ Denn ohne eine bessere Betreuung seien alle Bemühungen bei der Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit zum Scheitern verurteilt.

Einig ist man sich in der Großen Koalition inzwischen, dass trotz intensiver Förderung nicht für alle Langzeitarbeitslosen sofort ein Job auf dem ersten Arbeitsmarkt infrage kommt. Union und SPD machen sich deshalb beide für einen sozialen Arbeitsmarkt stark. Die Sozialdemokraten haben dabei Arbeitslose im Blick, die seit mindestens acht Jahren Hartz IV beziehen, und beziffern die Zielgruppe auf rund 100 000 Personen. Die Arbeitgeber fordern, dass ein sozialer Arbeitsmarkt nur Ultima Ratio sein darf, weil er zur Verdrängung regulärer Beschäftigung führen und für Langzeitarbeitslose zur Sackgasse werden könnte.

Bürokratie abbauen

BA-Chef Detlef Scheele wünscht sich von der Politik - egal, wer die künftige Regierung stellt - vor allem mehr Geld für die steuerfinanzierten Jobcenter, die unter das Sozialgesetzbuch II (SGB II) fallen. Zwei Drittel der Arbeitslosen werden heute von ihnen betreut, nur noch ein Drittel von den beitragsfinanzierten Arbeitsagenturen.

„Aus meiner Sicht besteht Einvernehmen unter allen Experten, dass das SGB II durch die Deckelung des Haushalts seit Jahren unterfinanziert ist“, sagte Scheele dem Handelsblatt. „Es wäre deshalb sinnvoll, wenn die Mittel in der nächsten Legislaturperiode erhöht würden.“ Auch im Bereich der Verwaltung sei noch einiges möglich, um Jobcenter-Mitarbeiter zu entlasten, betont der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur, „zum Beispiel mehr Pauschalen, Bagatelldgrenzen oder eine Vereinfachung der komplizierten Anrechnungsvorschriften“. Die Union will laut ihrem Wahlprogramm vor allem mehr Geld investieren, um Kindern von Langzeitarbeitslosen den Weg in Arbeit oder Ausbildung zu ebnet. „Hartz-IV-Karrieren“ sollen so vermieden werden.

> Kommentar Seite 12



Die Große Koalition hat ihre Wahlversprechen an die Langzeitarbeitslosen gebrochen, mahnt **Frank Specht**.

Langzeitarbeitslose

Zurück auf Los!

Was hatten Union und SPD Langzeitarbeitslosen vor vier Jahren nicht alles versprochen: Qualifizierung ist wichtiger als rasche Vermittlung, die Jobcenter werden von Bürokratie entlastet und können sich besser kümmern, jeder Langzeitarbeitslose erhält ein passgenaues und zumutbares Angebot.

Viel übrig geblieben ist davon nicht. Die Langzeitarbeitslosigkeit verharrt auf hohem Niveau, für die Betroffenen waren vier Jahre Schwarz-Rot weitgehend verlorene Jahre. Die millionenteuren Sonderprogramme von Arbeitsministerin Andrea Nahles greifen kaum. Die Entschlackung der Hartz-IV-Bürokratie, die die Jobcenter von Papierkram entlasten sollte, verdient ihren Namen kaum.

Dass die Vermittler ihre Anstrengungen nicht zuvorderst auf jene Klientel richten, die schon besonders lange ohne Job sind, hat erst kürzlich die Antidiskriminierungsstelle des Bundes bemängelt. Die Große Koalition gesteht das eigene Scheitern durchaus ein. Dass die Politik mit ihrem Latein am Ende ist, zeigt sich daran, dass selbst im Unions-Wahlprogramm die Forderung nach einem steuerfinanzierten sozialen Arbeitsmarkt steht, den die CDU/CSU lange abgelehnt hat.

Was ist zu tun? Eigentlich reicht es, die Wahlprogramme von 2013 wieder hervorzuziehen. Denn die Konzepte, die damals vorgeschlagen wurden, sind nicht falsch. Die Betreuung der Langzeitarbeitslosen muss verbessert werden. Das geht nur mit genug Personal in den Jobcentern, das sich auch wirklich um die Vermittlung kümmern kann. Lasst die Jobcenter endlich vernünftig ihre eigentliche Arbeit machen! Dazu gehört auch eine stärkere Pauschalierung von Hartz-IV-Leistungen. Das hehre Ideal, es jedem Empfänger in jedem Einzelfall gerecht machen zu wollen, schadet den Arbeitslosen.

Die Rezepte liegen auf dem Tisch, sie müssen nur konsequent umgesetzt werden. Wer auch immer die Bundestagswahl gewinnt - für die nächste Regierung heißt es bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit: Zurück auf Los!

Der Autor ist Korrespondent in Berlin. Sie erreichen ihn unter: specht@handelsblatt.com



Der Kongress macht Trump die Außenpolitik streitig, sagt **Moritz Koch**.



Wer hat in Amerika das Sagen? Selbst auf die einfachsten Fragen gibt es unter Trump keine klaren Antworten.

Leitartikel

Washingtons neue Machtfrage

Sechs Monate haben Donald Trump erreicht, um 70 Jahre amerikanische Außenpolitik über den Haufen zu werfen. Als Schutzmacht des Westens haben die USA aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs ein Ordnungssystem erbaut, das sich, zumindest in seinem ideellen Kern, der Verbreitung von Freiheit und Marktwirtschaft, von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie verschrieben hatte. Trump hält nichts von den Werten, die den Westen zusammenhalten. Er schimpft über freie Medien und unabhängige Gerichte, bereichert sich an seinem Amt. Seine düster-nationalistischen Tiraden verunsichern Amerikas engste Alliierte, und die Tatsache, dass er sich im Plausch mit Wladimir Putin erkennbar wohler fühlt als in Gegenwart von Angela Merkel, verstärkt das Unbehagen weiter.

In Teilen der US-Bevölkerung trifft Trump mit seinem chauvinistischen Kurs auf große Zustimmung. In Washington allerdings nicht. Dort wird der „America first“-Präsident mit einer Abrissbirne verglichen, die niederreißt, was mühsam konstruiert wurde. Der Kongress will der Demontage der Supermacht durch die eigene Regierung jetzt nicht länger zusehen. Das Parlament beginnt, der Regierung ihre wichtigste Prerogative streitig zu machen: die Außenpolitik.

Erst kürzlich hat der Senat einstimmig die Beistandspflicht der Nato bekräftigt. Es war der Versuch, Amerikas Bündnispartnern zu demonstrieren, dass der Präsident zwar der oberste, aber nicht der einzige Repräsentant der Vereinigten Staaten ist. Solche Symbolpolitik ist in Zeiten der Verunsicherung wichtig, doch sie genügt den Senatoren und Abgeordneten offenbar nicht mehr: Gemeinsam wollen Demokraten und Republikaner den Präsidenten an die Leine nehmen.

Ein Gesetz, das derzeit im Kongress beraten wird, soll Trump Sanktionen gegen Russland aufzwingen. Auch Iran und Nordkorea sollen mit neuen Handelsstrafen belegt werden. Zudem sieht der Entwurf vor, dass der Kongress ein Vetorecht erhält, wenn die Exekutive bestehende Russland-Sanktionen lockern will. Das Ganze gleicht einem Misstrauensvotum gegen Trump und seinen Schmutzsekurs zu Putin. Der Kongress stellt das Weiße Haus unter Aufsicht.

Grundsätzlich ist es begrüßenswert, wenn Amerikas Parlamentarier ihre Rolle als Kontrolleure der Exekutive ernst nehmen - gerade in der von politischen und rechtlichen Grenzüberschreitungen geprägten Ära Trump. Anders als nach der Wahl befürchtet, funktionieren die „Checks and Balances“, mit denen die Gründerväter das Regierungssystem ausgestattet haben. Doch im Bereich der Außenpoli-

tik wäre mehr Zurückhaltung des Parlaments geboten. Die Exkursion der Senatoren und Abgeordneten in die Weltpolitik schadet mehr, als dass sie nutzt.

Die meisten Senatoren sind keine Diplomaten. Die Abgeordneten, die nicht einmal Bundesstaaten vertreten, sondern nur die Interessen einzelner Wahlkreise, sind es erst recht nicht. Im Parlament ergibt die Mischung von Ambitionen und Unerfahrenheit eine gefährlich arglose Entschlossenheit. So, wie es der US-Senat verabschiedet hat, sieht der Gesetzentwurf vor, alle Unternehmen mit Sanktionen zu belegen, die dabei helfen, russische Gas- und Ölpipelines zu bauen, zu betreiben oder auch nur zu warten. Was Russland schwächen soll, trifft gleichzeitig europäische Unternehmen, vor allem: deutsche.

Angeblich geht es darum, Moskau für die Einmischung in den US-Wahlkampf zu bestrafen. Dieses Motiv ist legitim. Doch der Verdacht liegt nahe, dass hier unter dem Deckmantel von Sanktionen Industriepolitik zugunsten der amerikanischen Gasindustrie betrieben wird. Es ist kein Geheimnis, dass die USA den Schiefergasboom nutzen wollen, um zur weltweit dominanten Energiemacht aufzusteigen. Der Kongress erweckt den Eindruck, dass dem Land dabei jedes Mittel recht wäre.

Das Chaos im ohnehin schon chaotischen Washington nimmt so nur noch weiter zu; die bündnispolitische Verlässlichkeit Amerikas, durch Trump bereits arg ramponiert, wird zusätzlich beschädigt. Bisher hat sich der Westen russischen Provokationen mehr oder weniger geschlossen entgegengestellt. Sanktionsgesetze, die Europäer und Amerikaner spalten, nützen letztlich nur Moskau. Das können die Parlamentarier eigentlich nicht wollen.

Die Regierung sträubt sich gegen das Sanktionsgesetz, doch ob sie es stoppen kann, ist fraglich. Mit welchen Kräften es Trump zu tun hat, zeigt das Stimmverhalten seiner Parteifreunde. Mit 98 zu zwei Stimmen nahm der Senat das Sanktionspaket an. Die oppositionellen Demokraten würden Trump ohnehin am liebsten entmachten, doch nun helfen auch die Republikaner dabei mit, den Handlungsspielraum der Regierung zu beschneiden.

Ausländische Diplomaten, die ihren Bedenken Gehör verschaffen wollen, können inmitten des Machtkampfs zwischen Kongress und Weißem Haus kaum noch wissen, an wen sie sich richten sollen. Wer hat in Washington das Sagen? Selbst auf die einfachsten Fragen gibt es unter Trump keine klaren Antworten.

Der Autor ist Korrespondent in Berlin.

Sie erreichen ihn unter: koch@handelsblatt.com

Worte des Tages



„Der einzige Grund dafür, dass wir kein freies und offenes Abkommen erhalten könnten, ist, dass die Politiker den Ökonomen in die Quere kommen.“

Liam Fox, britischer Handelsminister, gibt sich in den komplexen Brexit-Verhandlungen mit der Europäischen Union außerordentlich optimistisch. Die Gespräche mit der EU über ein Handelsabkommen seien „mit die einfachsten in der Geschichte der Menschheit“, sagt er.